



EU-Monitoring N° 9

September 2020

Stand: 02.10.2020

Inhaltsverzeichnis

1	Europäische Union	1
1.1	Institutionen	1
1.1.1	Europäische Kommission	1
1.1.2	Europäischer Rat	2
1.1.3	Rat der EU	3
1.1.4	Europäisches Parlament	4
1.2	Instrumente	5
1.2.1	Kindergarantie	5
1.2.2	Strategie für die Rechte des Kindes	5
1.2.3	Europäisches Semester	6
2	Aktuelle Themen	7
2.1	Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen	7
2.2	Kinder & Jugend	7
2.3	Familie & Vereinbarkeit	8
2.4	Ältere Menschen & Pflege	8
2.5	Gleichstellung	9
2.6	LGBTI	10
3	Statt Netflix – Serientipp: „Parlament“	10

1 Europäische Union

1.1 Institutionen

1.1.1 Europäische Kommission

- **Änderung im Kommissionskollegium:** Nach dem Rücktritt des EU-Handelskommissars Phil Hogan (Irland) Ende August, wählte Kommissionspräsidentin von der Leyen am 8. September Mairead McGuinness als neues Kommissionsmitglied aus den Vorschlägen der irischen Regierung aus. McGuinness soll das Ressort für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte von Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis übernehmen, welcher den Posten des Handelskommissars übernehmen soll: [Nachrichtmeldung](#) (de).

Das **Europäische Parlament** wird am 2. Oktober sowohl [McGuinness](#) (live 9:00-12:00 Uhr) als auch [Dombrovskis](#) (live 13:00-16:00 Uhr) befragen. Die Abstimmung über beide Kandidaten wird voraussichtlich am 7. Oktober stattfinden.

- Am 15. September [veröffentlichte](#) (en) die Kommission den jährlich von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration erstellten **Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa**. Das Fokusthema für den Bericht ist dieses Jahr soziale Gerechtigkeit und Solidarität: [Zusammenfassung](#) (de) der Schlussfolgerungen des Berichts und Hintergrundinformationen.

SOTEU: Die Welt von morgen schaffen: Eine vitale Union in einer fragilen Welt

- Am 16. September hat Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre erste **Rede zur Lage der Union** (SOTEU – State of the European Union) vor dem Europäischen Parlament gehalten. Die Rede zur Lage der Nation wird seit 2010 jedes Jahr im September von den Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin gehalten und genutzt um nicht nur Erreichtes zu rekapitulieren, sondern auch die großen politischen Ziele für das kommende Jahr den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes vorzustellen.
- Alle Hintergrunddokumente zur Rede und weitere Informationen werden auf der [Webseite](#) (de) der Kommission zur Lage der Nation zur Verfügung gestellt inklusive einer **Kurz Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte** der Rede.
 - [Volltext](#) (original) der Rede
 - [Absichtserklärung](#) (de) inklusive **Auflistung der Initiativen für 2021** der Kommissionspräsidentin an Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli und Bundeskanzlerin Angela Merkel
 - [Factsheet](#) (de) zu den wichtigsten Initiativen geordnet nach Themenbereichen
 - [Jahresfazit](#) (de) zu einem Jahr Kommission von der Leyen

- [Briefing](#) (en) des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlamentes (EPRS) zu den historischen Hintergründen und bisher gehaltenen Reden zur Lage der Union, Vergleich mit ähnlichen Formaten weltweit und Überblick des politischen Kontextes zur diesjährigen Rede zur Lage der Union.
- **Stellungnahmen und Positionen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft**
 - [Stellungnahme](#) (de) vom 16. September des **Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt**: „Die EU darf auf dem sozialen Auge nicht blind sein“
 - [Stellungnahme](#) (en) vom 17. September von **SOLIDAR** und SOLIDAR FOUNDATION: „SOTEU: did the social dimension get lost in translation?“
 - [Übersicht](#) (en) des EPRS: Kommentare und Berichte **internationaler Think Tanks** zur Rede zur Lage der Union und den politischen Kernthematiken
- Im Rahmen der Rede zur Lage der Union kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen ebenfalls einen neuen **EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025** an. Der entsprechende [Entwurf](#) (de) liegt dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Ausschuss der Regionen seit dem 18. September vor.

In einer [Stellungnahme](#) (en) vom 18. September begrüßte das **European Network Against Racism** (ENAR) die Initiative zur Bekämpfung der strukturellen, institutionellen und historischen Dimensionen von Rassismus in Europa. ENAR kritisiert jedoch, dass der Aktionsplan Maßnahmen zur Bekämpfung rassistischer Polizeiarbeit und die Erhebung von entsprechenden Daten zu Profiling sowie den strukturellen Rassismus gegenüber Migrantinnen und Migranten in Europa nicht stark genug berücksichtigt.

1.1.2 Europäischer Rat

Das ursprünglich für den 24. bis 25. September angesetzte Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel wurde aufgrund der Quarantäne des Präsidenten Michel verschoben und findet nun am **1. und 2. Oktober** statt.

- [Pre-European Council Briefing](#) (en) des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlamentes (EPRS) mit einer **Übersicht der Themen auf der Agenda** und ihrer Hintergründe.

Am 14. Oktober findet der **Dreigliedrige Sozialgipfel** statt. Weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht. Das Dialogforum der EU-Institutionen und europäischen Sozialpartner tritt halbjährlich jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- und Herbstsitzung des Europäischen Rates zusammen. Den Vorsitz haben der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission und die Staats-/Regierungschefin des Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat.

1.1.3 Rat der EU

1.1.3.1 Deutsche Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2020)

- Am 30. September hatte die deutsche Ratspräsidentschaft **Halbzeit: Zusammenfassung** (de) „Die deutsche Ratspräsidentschaft in Zahlen“.
- Vom 2. bis 5. Oktober findet die **EU-Jugendkonferenz** statt, die sich mit Perspektiven und Ideen junger Menschen für das demokratische Miteinander in Europa beschäftigt. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) organisiert die Konferenz im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): [Veranstaltungsw Webseite](#) (de).

An der Konferenz nehmen Jugendliche sowie politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus den EU-Mitgliedstaaten und weiteren europäischen Ländern teil. Ergebnisse der Veranstaltung sollen unter anderem in die geplanten in Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Jugend und Demokratie“ einfließen. Gleichzeitig ist die EU-Jugendkonferenz zentraler Bestandteil für eine neue Runde des EU-Jugenddialogs, den Deutschland im Rahmen der Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien und weiteren europäischen Partnern zum Thema „Europe for YOUth – YOUth for Europe: Space for Democracy and Participation“ gestaltet.

- **Veranstaltungshinweis:** Die gemeinsame **digitale Veranstaltungsreihe „EU2020@BMFSFJ“** vom BMFSFJ und der Beobachtungsstelle wird im Oktober mit dem Thema „Digitale Teilhabe und Rechte älterer Menschen“ fortgesetzt ([Programm und Anmeldung](#), de). Die [Präsentationen](#) (de) der vergangenen Briefings sind auf der [Veranstaltungsw Webseite](#) veröffentlicht.

1.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Am 13. Oktober findet eine [Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Arbeit, Soziales und Gleichstellung](#) (en) statt.

1.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Am 17. September fand eine informelle Tagung der europäischen Bildungsministerinnen und Minister statt. [Zusammenfassung](#) der Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung.

Die nächste Tagung des Rates findet vom 30. November bis 1. Dezember statt. Weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

1.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament trat vom 14. bis 17. September zur Plenarsitzung zusammen. Die nächste Plenarsitzung findet vom 5. bis 8. Oktober statt.

- [At a glance](#) (en) Übersicht des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) zu den diskutierten Themen.
- Am 17. September beschlossen die Abgeordneten eine [Resolution](#) (de), in der sie den Rat der Europäischen Union auffordern gemäß dem Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV festzustellen, dass eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen besteht. Die Abgeordneten zeigten sich im Kontext der abnehmenden **Unabhängigkeit der Justiz in Polen** besonders besorgt über die **anhaltende Diskriminierung von LGBTI-Personen**.

1.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM Committee)

Der Ausschuss hat am 16. September den Berichtsentwurf „[The gender perspective in the Covid-19 crisis and post-crisis period](#)“ (en) veröffentlicht.

1.2 Instrumente

1.2.1 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten Kindergarantie ist die **Bekämpfung von Kinderarmut** durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. In einer ersten Phase wurde im Auftrag der EU-Kommission eine **Machbarkeitsstudie** durch ein Konsortium erstellt (September 2018 – April 2020, **Ergebnisse**, en). In einer seit März 2020 laufenden zweiten Phase wird bis Anfang 2021 eine **Studie über den wirtschaftlichen Umsetzungsrahmen** der Kindergarantie erstellt. Parallel läuft seit dem Sommer 2020 eine dritte Phase bis zum Sommer 2022 in der begleitet von UNICEF eine Reihe von **Pilotprojekten** in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Die Kindergarantie – wahrscheinlich in Form einer Ratsempfehlung – wird für das erste Quartal 2021 erwartet und von einem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen begleitet.

- Das **Europäische Parlament** hat ein Briefing zum Thema „Shaping a European Child Guarantee“ (en) veröffentlicht. Das Dokument ist eine aktualisierte und erweiterte Version der Hintergrundmeldung „A European Child Guarantee as a tool to fight poverty“ (en) vom Februar 2020 und ergänzt dieses um die aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Coronavirus-Pandemie sowie der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie.
- Im Rahmen des Europäischen Fachgesprächs zur Kindergarantie, welches am 29. September von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. gemeinsam mit COFACE Families Europe durchgeführt wurde, wurde ein **Video-Grußwort** (en) des **EU-Kommissars für Beschäftigung und Soziales Nicolas Schmit** veröffentlicht.
- Im Podcast **#45 FEPS Talks: For an effective EU Child Guarantee** (en) spricht László Andor, ehemaliger EU-Kommissar und Generalsekretär der Foundation for European Progressive Studies (FEPS), mit **Marie Louise Coleiro Preca, ehemalige Präsidentin von Malta und derzeitige Präsidentin von Eurochild**, über die Kindergarantie.

1.2.2 Strategie für die Rechte des Kindes

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen forderte Vizepräsidentin Šuica in ihrem Missionsbrief auf, eine umfassende Strategie für die Rechte des Kindes auszuarbeiten. Diese soll einen umfassenden politischen Rahmen für Kinderrechte bieten, der alle bestehenden und künftigen Maßnahmen und Politiken der EU im Bereich der Kinderrechte bündelt und verstärkt. Die Strategie umfasst schwerpunktmäßig die folgenden Bereiche: Rechte der schutzbedürftigsten Kinder, Kinderrechte im digitalen Zeitalter, Verhütung und Bekämpfung von Gewalt und Förderung einer kinderfreundlichen Justiz. Die Strategie für die Rechte des Kindes wird für das erste Quartal 2021 erwartet.

- Vom 29. September bis 1. Oktober fand das **13. Europäische Forum über die Rechte des Kindes** erstmalig als interaktive Online-Veranstaltung zum Thema: „Delivering for

children: towards the European strategy on the rights of the child“ (en) statt. Dieses Forum wird jährlich von der Europäischen Kommission organisiert und stellt eine Plattform für den Dialog zwischen EU-Institutionen und anderen Kinderrechte-Akteuren dar. Das Programm wurde teilweise aufgezeichnet und steht der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung:

- [Children's participation in the political and democratic life in the EU \(en\)](#)
- [High-level session 1: Why do we need a strategy on the rights of the child? \(en\)](#)
- [High-level session 2: What can we learn from COVID-19 – children's rights in emergency situations \(en\)](#)
- Die **Nationale Koalition Deutschland** hat gemeinsam mit weiteren Partnerorganisationen ein gemeinsames [Positionspapier zu einer umfassenden Strategie für die Rechte des Kindes \(en\)](#) veröffentlicht.

1.2.3 Europäisches Semester

Das Europäische Semester ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihre Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Der Ablauf des Europäischen Semesters folgt immer derselben Logik: Siehe Infografiken zur [Aufgabenverteilung \(de\)](#) und [Zeitleiste \(en\)](#) des Europäischen Semesters.

- Das auslaufende Europäische Semester 2020 wird im Oktober im Europäische Parlament besprochen. Im November wird die Europäische Kommission im Rahmen des Herbstpakets die **Leitlinien für das kommende Europäische Semester 2021** vorstellen.
- Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes (EPRS) hat am 22. September ein [Briefing \(en\)](#) zu den länderspezifischen Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Das Papier bietet einen Überblick darüber, wie die Empfehlungen sich über die Semesterzyklen von 2012 bis 2020 weiterentwickelt haben sowie zur Umsetzung der Empfehlungen durch die Mitgliedstaaten.

2 Aktuelle Themen

2.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Der **Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes (EPRS)** gibt in einem am 10. September veröffentlichten [Briefing](#) (en) einen Überblick über die Sozial- und Beschäftigungspolitiken in Europa und die Auswirkungen des Ausbruchs der Coronavirus-Pandemie in diesen Bereichen. Das Ideenpapier listet von den Mitgliedstaaten kurzfristig getroffenen Maßnahmen zur Abhilfe der negativen Effekte des Ausbruchs sowie vorgeschlagene Maßnahmen für die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Politikgestaltung im sozialen Bereich auf EU-Ebene auf. Insbesondere spannend: Tabellarische Übersicht der vorgeschlagenen Initiativen und dafür nötigen konkreten Schritten und beteiligten Institutionen (S.10).
- Ein **EPRS Briefing** (en) vom 23. September zum Thema der Coronavirus ‚infodemic‘ untersucht, wie die Verbreitung von Falschinformationen in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie Gesellschaften weltweit beeinflusst.
- **Eurofound**, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, hat am 28. September eine auf eigenen Umfrageergebnissen von April und Juli 2020 beruhende [Studie](#) (en) „Living, working and COVID-19“ veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen ein sehr heterogenes Bild der EU-Mitgliedstaaten. Insbesondere die starken Unterschiede zwischen den sozioökonomischen Gruppen weisen auf eine weiter zunehmende soziale Ungleichheit hin. Bereits im Mai wurden erste [Ergebnisse](#) (de) vorgestellt.
- Das [Bulletin](#) (en) zur Coronavirus-Pandemie der **Europäischen Grundrechteagentur** (FRA) beschreibt nationale Maßnahmen, die die EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit während der Pandemie ergriffen haben und zeigt auf, wie diese sich auf die Grundrechte auswirken. Die aktuelle [fünfte Ausgabe](#) (en) vom 29. September behandelt das Thema „Coronavirus pandemic in the EU – impact on Roma and Travellers“.

2.2 Kinder & Jugend

- Das **European Youth Forum und weitere Organisationen** haben gemeinsam vom 21. April bis 21. Mai 2020 eine Befragung von Jugendlichen in 112 Staaten durchgeführt, um Einsichten zum Einfluss der Covid-19-Pandemie auf das Leben junger Menschen weltweit zu gewinnen. Die dazugehörige Studie „[Youth & Covid-19: Impacts on Jobs, Education, Rights and Mental Wellbeing](#)“ (en) wurde im August veröffentlicht.
- Die **Universität Basel** hat gemeinsam mit dem **schweizerischen Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik** eine Befragung von Jugendlichen in Heimen in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz zu ihrer Situation während des Corona-

Lockdowns durchgeführt. Die dazugehörige Studie [“Die Corona-Krise aus der Perspektive von jungen Menschen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe \(CorSJH\)”](#) (de) wurde am 2. September veröffentlicht.

- **Unicef** hat im September das Briefing [„Impact of COVID-19 on Child Poverty”](#) (en) veröffentlicht. Demnach leben aufgrund der Coronavirus-Pandemie rund 150 Millionen zusätzliche Kinder in Armut.
- Die **OECD** hat am 8. September ihren jährlichen [Bildungsbericht](#) (de) veröffentlicht, in dem nationale Bildungssysteme im Hinblick auf ihre Struktur, Finanzierung und Ergebnisse miteinander verglichen werden. Zusätzlich wurde zum Bildungsbericht der Kurzbericht [„The impact of COVID-19 on education – Insights from Education at a Glance 2020“](#) (en) veröffentlicht.

2.3 Familie & Vereinbarkeit

- Das **International Network on Leave Policies & Research** hat im August den Bericht [„16th International Review of Leave Policies and Related Research 2020“](#) (en) veröffentlicht. Darin werden die aktuellen geltenden Freistellungsregelungen wie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub, Elterngeld und Elternzeit von 45 Staaten teilweise vergleichend behandelt.

2.4 Ältere Menschen & Pflege

- Am 24. September 2020 veranstaltete die **Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO** einen virtuellen Workshop [„In Zeiten der Digitalisierung niemanden zurücklassen: Erfahrungen älterer Menschen in Europa“](#) (de). Ziel war es, Erfahrungen der „digitalen Seniorenarbeit“ auszutauschen und die Situation Älterer in Zeiten der Digitalisierung aus menschenrechtlicher Perspektive zu beleuchten.
- Am 28. und 29. September fand die Onlinekonferenz zur Stärkung der Rechte Älterer, organisiert von **BMFSFJ, AGE Platform Europe und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)** ([BMFSFJ Aktuelle Meldung & Veranstaltungs-Booklet](#), de) statt. Unter anderem stellte Matthias von Schwanenflügel, Leiter der Abteilung „Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“ des BMFSFJ die geplante Ratsschlussfolgerung für den EPSCO-Rat vor.

Die **AGE Platform Europe** hat gemeinsam mit der **BAGSO** eine [Erklärung](#) (de) zu den Ratsschlussfolgerungen abgegeben, die in gekürzter Form im Rahmen der Online-Konferenz von Frau Dr. Heidrun Mollenkopf, BAGSO, vorgetragen wurde.

2.5 Gleichstellung

- Am 2. September forderten die **AGE Platform Europe**, das **European Disability Forum**, die **European Women's Lobby**, **ILGA-Europe** und das **European Network Against Racism** EU-Entscheidungsträgerinnen und -träger in einem [gemeinsamen Brief](#) (en) auf, bei der ausstehenden Verabschiedung des EU-Wiederaufbauplans sowie des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 die Mittel für das ab 2021 geplante Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ auf 1,83 Milliarden Euro anzuheben, um die Stärkung und Wahrung der europäischen Grundwerte, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte und Gleichstellung, sicherzustellen.

Dieselbe Forderung stellt ebenfalls ein weiterer [gemeinsamer Brief](#) (en) vom 23. September von den Mitgliedern der **European Coalition to end violence against women and girls**.
- Der europäische Thinktank **GENDER FIVE PLUS** hat im August den Bericht „[Towards a gendered recovery in the EU: Women and Equality in the aftermath of the Covid19 pandemic](#)“ (en) veröffentlicht.
- **UN Women** hat gemeinsam mit der **UNDP** den [COVID-19 Global Gender Response Tracker](#) (en) veröffentlicht. Damit steht ein Tool zur Verfügung, mit dem Eckdaten nationaler Maßnahmen zur Bekämpfung der geschlechtsbezogenen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie abgerufen werden können.
- Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** hat die Studie „[Von Belgien, Schweden und Spanien lernen! Impulse für die institutionelle Verankerung von Gleichstellung durch Gleichstellungsinstitute](#)“ (de) von Dr. Mara Kuhl veröffentlicht.
- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** hat die Europäische Kommission in seiner [EWSA-Stellungnahme zur Geschlechtergleichstellung](#) (de) am 3. September aufgefordert, ihre neue Gleichstellungsstrategie schnell umzusetzen und dabei auch die negativen Auswirkungen anzugehen, die die Coronavirus-Pandemie für Frauen hatte.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 15. Oktober findet die internationale Online-Konferenz „[Planet 50:50 - Europas Beitrag zu den SDGs](#)“ (de) statt, die gemeinsam von UN Women Deutschland, dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen und dem BMFSFJ durchgeführt wird.
- **Veranstaltungshinweis:** Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen stellt am 29. Oktober 2020 den jährlich erscheinenden [Gender Equality Index](#) (Programm, en) vor. In diesem Jahr wird der Schwerpunkt des Index auf dem Themenfeld „[Digitalisierung und Gleichstellung](#)“ (en) liegen.

2.6 LGBTI

- **ILGA-Europe** und die beiden polnischen **LGBT-Organisationen KPH** (Campaign Against Homophobia) und **Fundacja Równości** (The Equality Foundation) haben am 14. September eine Beschwerde über die Kommunalen Charta der Rechte von Familien und die Einrichtung sogenannter LGBT-freier Zonen in Polen bei der Europäischen Kommission eingereicht: [Pressemeldung](#) (en) von ILGA-Europe. Beide Erklärungen diskriminieren gegen LGBTI-Personen und verletzen somit geltende Rechtsvorschriften. Hierzu zählten die Richtlinie 2000/78/EG zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sowie Artikel 15 und 21 der Charta der Grundrechte der EU.
- Am 27. September wurde ein offener von 50 **Botschafterinnen und Botschaftern** sowie **internationalen Organisationen** unterzeichneter [Brief](#) (en) öffentlich, in dem die Unterzeichnenden den Grundsatz der Menschenrechte und bestehende Verpflichtungen beispielsweise auf Ebene des Europarats und der Europäischen Union für alle Regierungen betonen. Der Brief lobt die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Polen, die sich gegen die Diskriminierung auf Basis der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität einsetzen. Berichterstattung der [DW](#) (en) und [EURACTIV](#) (en).

3 Statt Netflix – Serientipp: „Parlament“

Seit dem 29. September ist die erste Staffel der französisch-belgisch-deutsch gemeinsam produzierten Serie „Parlament“ in der [ARD-Mediathek](#) (de und fr original) verfügbar. Die Serie begleitet satirisch das Leben des Berufseinsteigers Samy, der kurz nach dem Brexit-Votum als Praktikant im Europäischen Parlament anfängt. Seine erste Aufgabe, die Erstellung eines Gesetzesentwurfs, führt ihn und die Zuschauenden durch die besonderen Gepflogenheiten des Arbeitsalltags im Europäischen Parlament.